



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Gunnar Grüttner, Von einer Munitionsanstalt zur Vertriebenenstadt.
Integration und Identität von Ostvertriebenen in Espelkamp 1945-1959

Von einer Munitionsanstalt zur Vertriebenenstadt Integration und Identität von Ostvertriebenen in Espelkamp 1945–1959¹

von Gunnar Grüttner

Im Februar 2003 fanden in Espelkamp, einer Kleinstadt im Kreis Minden-Lübbecke, umfangreiche Bodenanalysen und Bohrungen statt. Der Grund dafür waren Befürchtungen der Anwohner, ihre Grundstücke seien mit chemischen Kampfstoffen aus dem Zweiten Weltkrieg belastet. Denn dort, wo heute knapp 28.000 Menschen leben, stellten die Nationalsozialisten bis 1945 in einer Heeresmunitionsanstalt (Muna) Granaten her.

Immer wieder wird den Bewohnern Espelkamps so die besondere Geschichte ihrer Stadt vor Augen geführt; die Geschichte einer Stadt, die vor knapp 60 Jahren noch nicht existierte und deren Einwohner damals Schlesien, Pommern und Ostpreußen als ihre Heimat ansahen. Als Flüchtlinge und Vertriebene kamen sie nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nach Ostwestfalen. In einer einmaligen Kooperation zwischen Staat und Kirche wurde ihnen auf dem Gelände der Muna Espelkamp ein neues Zuhause geschaffen. Dieses Modell der Vertriebenenintegration und die Identitätsfindung der Espelkamper sollen im Folgenden näher beleuchtet werden.

Begriffsbestimmungen, Anmerkungen zur Forschungs- und Literaturlage

Bereits die exakte Definition der zentralen Begriffe gestaltet sich problematisch. In diesem Aufsatz dominiert der Begriff ‚Vertriebene‘; in der Forschungsliteratur gehen die Begriffe ‚Vertriebene‘ und ‚Flüchtlinge‘ oft durcheinander, werden häufig sogar synonym benutzt. Mögliche Differenzierungen zum Beispiel anhand des Schicksals der Betroffenen – wer floh vor der roten Armee, wer wurde zum Beispiel von den Tschechoslowaken vertrieben – finden nicht statt, sind aufgrund der häufig komplexen Einzelschicksale auch kaum trennscharf durchführbar.

Statistiken verzeichnen Vertriebene oftmals pauschal als Personen, die ‚aus dem Osten‘ in die vier Besatzungszonen gekommen sind. Teilweise wird hier von der Bevölkerung des Deutschen Reiches vor Kriegsausbruch 1939 ausgegangen, im Extremfall die Ausdehnung des Großdeutschen Reiches 1942 zur Grundlage genommen. Diese Ungenauigkeiten erschweren es natürlich, das millionenfache Schicksal genauer zu quantifizieren. Statistisch schwer zu erfassen sind darüber hinaus die Vermissten und auf der Flucht Verstorbenen – hier sind nur grobe Schätzungen möglich. Amtlich gilt in der Bundesrepublik als ‚Vertriebener‘, wer als Zivilist aus den Ostgebieten des

¹ Vorgetragen im Rahmen des *Historischen Gesprächskreises* am 11. Dezember 2002, für die engagierte Diskussion und die kritischen Hinweise sei den Teilnehmern gedankt. Der Vortragsstil ist weitgehend beibehalten worden.

Deutschen Reiches vom Stand des 31. Dezember 1937 durch die Wirren des Krieges in die drei westlichen Besatzungszonen gekommen ist. Für diese Personen wurden sogenannte Vertriebenenausweise ausgestellt, auf die im Folgenden noch eingegangen wird. Der Begriff ‚Flüchtling‘ bezeichnete hingegen nach amtlicher Definition diejenigen Personen, die aus der SBZ/DDR nach Westdeutschland übersiedelten.²

Der Begriff der ‚Integration‘ ist ebenfalls nicht ganz unproblematisch, bezeichnet er doch sowohl ein Ziel als auch den Vorgang zur Erlangung dieses Zieles. Darüber hinaus wird er nicht nur von den Fachwissenschaftlern wie etwa Historikern, Politologen und Soziologen verwendet, sondern immer wieder auch in der Sprache der Politiker – oftmals emotional aufgeladen und auf ein bestimmtes Ziel gerichtet. Das Schlagwort ‚Integration‘ wird in der öffentlichen Kommunikation so häufig gebraucht, dass es fast als ein „von politischen Zwängen beherrschter abgenutzter Begriff“³ anzusehen ist. Allein beim Blick auf die Forschungsliteratur zur Vertriebenenintegration lässt sich ein Wandel in der Verwendung erkennen. Als Abschluss einer frühen Auseinandersetzung mit dem Thema gilt eine dreibändige Untersuchung von Eugen Lemberg und Friedrich Edding von 1959.⁴ Neben diversen fachwissenschaftlichen Auseinandersetzungen wurde der Gegenstand ausführlich in einer vom Bundesvertriebenenministerium finanzierten vielbändigen Dokumentation der Vertreibung aufgearbeitet. Sie enthält unzählige Erlebnisberichte, aufgeschlüsselt nach den jeweiligen Herkunftsgebieten der Betroffenen. Diese Dokumentation diente sicherlich auch als Argumentationswaffe in der damaligen politischen Auseinandersetzung; ein einordnender, kommentierender Abschlussband kam nicht zuletzt aufgrund des politischen Drucks nie zustande.⁵

Grundtenor der Literatur dieser Zeit war die stolze Feststellung, die Bundesrepublik mit ihrem sogenannten Wirtschaftswunder habe die Integration der Millionen Vertriebenen erfolgreich bewältigt und abgeschlossen. Der Begriff Integration wurde hier aber sehr eng gesehen. Integriert war – überspitzt gesagt – wer in seiner neuen Heimat eine Arbeit und eine Wohnung gefunden sowie genug zu essen hatte. Nachdem die Vertriebenenproblematik in den folgenden zwei Jahrzehnten unter Historikern weitgehend unbeachtet blieb, wurde das Thema Mitte der 80er Jahre ‚wiederent-

² Vgl. BENZ, Wolfgang (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt (M): 1985, S. 9, nachfolgend zit. als Benz (1985).

³ MESSERSCHMIDT, Rolf: Mythos Schmelztiegel! Einige Neuerscheinungen zur „Flüchtlingsforschung“ der letzten Jahre. In: Neue politische Literatur 37 (1992), S. 34–55, hier: S. 41.

⁴ Vgl. LEMBERG, Eugen/EDDING, Friedrich (Hg.): Die Vertriebenen in Westdeutschland, ihre Eingliederung und ihr Einfluß auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben. Kiel: 1959.

⁵ Vgl. Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. In Verbindung mit Werner Conze [ab Bd. III], Adolf Diestelkamp [bis Bd. II], Rudolf Laun, Peter Rassow und Hans Rothfels, bearbeitet von Theodor SCHIEDER. Hg. vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Bonn: 1953–1962. Zur Entstehungsgeschichte der Dokumentation: vgl. BEER, Matthias: Im Spannungsfeld von Politik und Zeitgeschichte. Das Großforschungsprojekt „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 46 (1998), S. 345–389.

deckt'. Katalysator war ein Göttinger Kongress 1986, dessen Ergebnisse in einem Sammelband publiziert wurden.⁶

Inzwischen betrachtet man die Vertriebenenintegration verstärkt als Migrationsbewegung, wobei die Vertriebenen mit ‚klassischen‘ Einwanderern verglichen werden.⁷ Es treten dabei Parallelen zu Tage, mit denen zunächst nicht gerechnet wurde. Zwar hatten die Vertriebenen im Gegensatz beispielsweise zu den später in die Bundesrepublik gekommenen südeuropäischen Gastarbeitern den Vorteil, ihre Muttersprache im Aufnahmeland weiter sprechen zu können – doch mental, religiös, sozial und kulturell befanden sie sich ebenfalls in einer klassischen Einwanderungssituation. Die Unterschiede zwischen Neuankömmlingen und Aufnahmegesellschaft in den gerade genannten Bereichen konnten auch nicht durch eine ethno-nationale Bindung überspielt werden. Argwohn und Abneigung seitens der alteingesessenen Bevölkerung schlug sowohl den einen wie auch den anderen ‚Fremden‘ entgegen. Ausführlich mit dem für die Forschung „zur historischen Laborsituation verdichteten Untersuchungsfeld für Zuwanderung, Eingliederung und Minderheiten im kommunalen Raum“⁸ der Vertriebenenstadt Espelkamp hat sich Hannelore Oberpenning beschäftigt, die an der Osnabrücker Universität unter Klaus J. Bade am dortigen Institut für Migrationsforschung arbeitet.⁹ Aufschlussreich ist ferner eine Darstellung von Ruby Simon, in der sie mit den Methoden der *oral history* die Erinnerungen zahlloser Espelkamper dokumentiert und einordnet.¹⁰ Selbst Espelkamperin der ‚ersten Stunde‘, leitete sie in den 80er Jahren einen sehr gut besuchten VHS-Gesprächskreis, in dem die frühe Geschichte der Stadt aufgearbeitet wurde. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse flossen in ihre Publikation ein.

Die Geschichte Alt-Espelkamps und die Errichtung der „Muna“

Auch wenn sich Espelkamp als Vertriebenenstadt mit einer relativ kurzen Geschichte definiert, so lassen sich Siedlungen in jenem Raum bis zurück ins Mittelalter verfolgen. Erste Erwähnung findet der Ort Espelkamp im Jahre 1229 als „Aspelecampe“ in einer

⁶ Vgl. SCHULZE, Rainer u. a. (Hg.): Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Bilanzierung der Forschung und Perspektiven für die künftige Forschungsarbeit. Hildesheim: 1987, nachfolgend zit. als Schulze (1987).

⁷ Vgl. BADE, Klaus J. (Hg.): Aussiedler: Deutsche Einwanderer aus Osteuropa. Osnabrück: 1999; HOFFMANN, Dierk u. a. (Hg.): Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven. München: 2000; MOITTE, Jan u. a. (Hg.): 50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung. Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte. Frankfurt (M)/New York: 1999.

⁸ OBERPENNING, Hannelore: Flüchtlinge, Vertriebene und Aussiedler in Espelkamp – eine empirische Fallstudie zum Eingliederungsgeschehen seit 1945. In: Westfälische Forschungen 48 (1998), S. 379–397, hier: S. 379, nachfolgend zit. als Oberpenning (1998).

⁹ Neben dem bereits genannten Titel vgl. grundlegend: OBERPENNING, Hannelore: „Arbeit, Wohnung und eine neue Heimat...“. Espelkamp – Geschichte einer Idee. Essen: 2002, nachfolgend zit. als Oberpenning (2002).

¹⁰ SIMON, Ruby: Espelkamp. Geschichte lebendig 1945–1959. Es begann in Hallen und Baracken. Lübbecke: 1986, nachfolgend zit. als Simon (1986).

Urkunde des Bischofs Konrad von Minden. Der Name scheint von einem Rittergeschlecht „de Aspelkamp“ abgeleitet worden zu sein, das im 12. und 13. Jahrhundert im Rahdener Raum lebte.¹¹

Vom Ende des 30-jährigen Krieges bis zur Zeit Napoleons gehörte Espelkamp als Teil des Fürstentums Minden zum Kurfürstentum Brandenburg. Nach der Niederlage Preußens gegen die Napoleonischen Truppen wurde Espelkamp dem Distrikt Minden im Departement Weser des neugeschaffenen Königiums Westfalen zugeschlagen. Die Neuordnung Europas durch den Wiener Kongress brachte den Ort wieder unter die preußische Krone. Als Teil der Landgemeinde Großendorf kam die Bauernschaft Espelkamp zum Kreis Rahden, der 1832 in „Kreis Lübbecke“ umbenannt wurde.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wuchs innerhalb der Espelkamper Bevölkerung der Wunsch, politisch eine eigenständige Gemeinde zu bilden. Man befürchtete, in der Landgemeinde Großendorf gegenüber den anderen, an der 1899 eröffneten Nebenbahnlinie Bünde-Rahden liegenden Gemeindeteilen benachteiligt zu werden. 1909 wurden diese wiederholten Petitionen schließlich von der Preußischen Regierung erhört; die Landgemeinde Espelkamp wurde eine eigenständige Kommune mit etwa 18,5 km² Fläche und knapp 1.000 Einwohnern.

Diese verstreut lebenden Menschen arbeiteten überwiegend in kleinbäuerlichen Betrieben. Im armen Kreis Lübbecke reichten die Einnahmen aus der Landwirtschaft oft nicht aus, den Lebensunterhalt für eine Familie zu sichern, zudem wurde der noch im 18. Jahrhundert verbreitete Flachsanzbau für die Leinenproduktion unwirtschaftlich, da in England industriell produzierte Stoffe die Preise drückten. So zog es zahlreiche Espelkamper in die Ferne. Entweder arbeiteten sie als sogenannte Hollandgänger während der Erntesaison in der intensiven Gras- und Forstwirtschaft der benachbarten Niederlande oder sie gingen als Auswanderer in die Neue Welt. Als Folge dieser Auswandererwelle ging zwischen 1852 und 1885 die Bevölkerung des Kreises Lübbecke um etwa 4.300 Personen oder knapp 9% zurück.¹²

Die Erschließung durch die Eisenbahn, sonst ein Motor für die Industrialisierung, hatte im Kreis Lübbecke fast keine Auswirkung. Zwar siedelten sich einzelne Gewerbebetriebe an, so für die Zigarrenproduktion, doch blieb die Landwirtschaft weiterhin die Haupteinnahmequelle der Bevölkerung. Bis weit in das 20. Jahrhundert hinein blieben Espelkamp und der Kreis Lübbecke weitgehend agrarisch-ländlich geprägt.

1937 erschienen in Espelkamp erstmals Mitarbeiter des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munitionsbeschaffung. Sie wollten vor Ort feststellen, ob sich nahe der Dorfmark ein brauchbares Gelände zur Errichtung einer Munitionsanstalt, einer sogenannten Muna, befand. Für eine Muna waren reichsweit mehrere Standortfaktoren festgeschrieben: Neben einer möglichst dezentralen Lage zu den Ballungsgebieten des Reiches und dichtem Baumbestand als Luftschutz sollte das Gelände ein ausreichendes

¹¹ Vgl. OBERPENNING (2002), S. 17. Der Ort Rahden liegt wenige Kilometer nördlich der heutigen Stadt Espelkamp.

¹² Vgl. OBERPENNING (2002), S. 21.

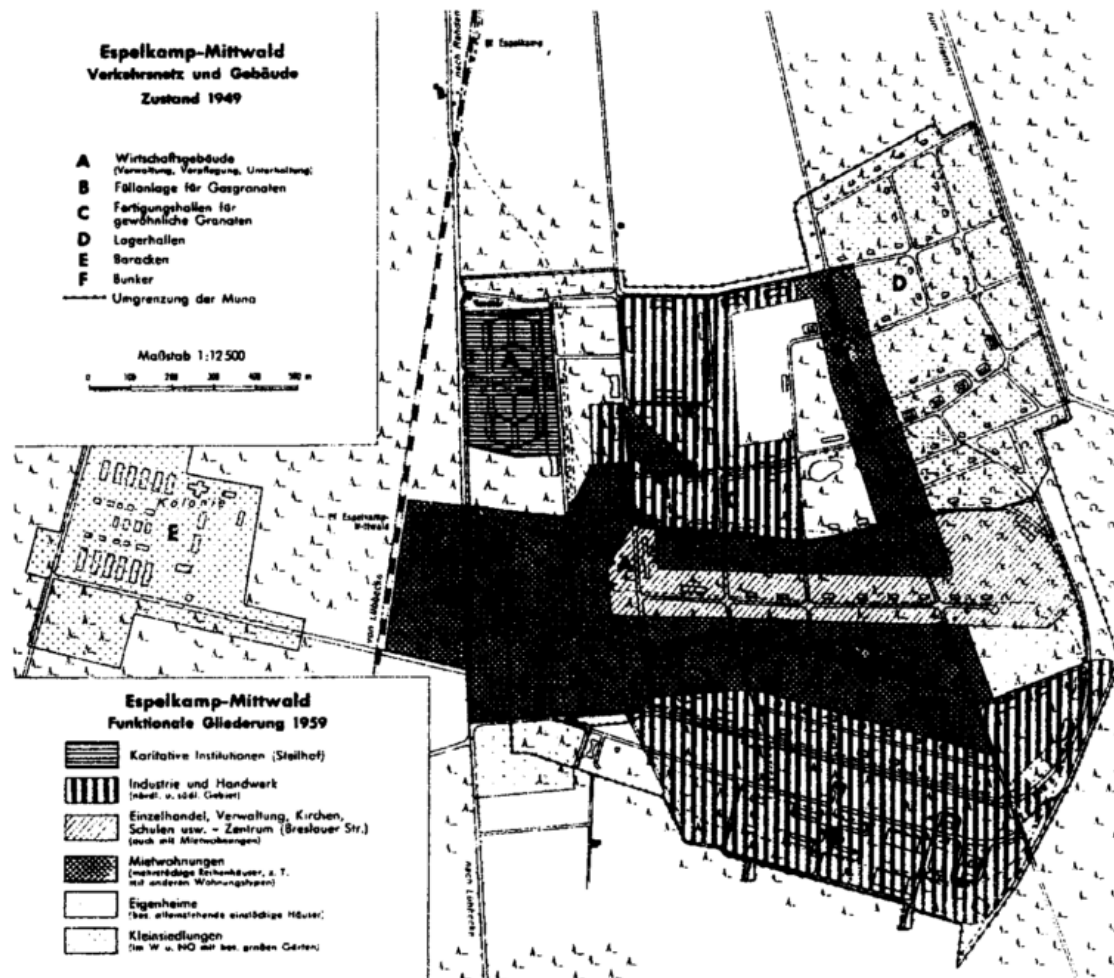


Abb. 1: Skizze über Struktur und Aufbau Espelkamp-Mittwalds, 1949 und 1959 [aus: Oberpenning (2002), S. 63.]

Grundwasservorkommen besitzen sowie einen Eisenbahnanschluss, bei dem es sich allerdings nicht um eine Hauptlinie handeln durfte.¹³ All dies lag bei dem in Augenschein genommenen Gebiet, der Gemarkung Mittwald, zwei bis drei Kilometer südöstlich der alten Bauernschaft, vor, so dass auf einem Gelände von knapp 250 Hektar Grundfläche ein Jahr später mit den Bauarbeiten begonnen werden konnte. Der Grund, hauptsächlich Kiefern- und Eichenwald, gehörte neben dem Staat einigen Espelkamper Bauern und in größeren Teilen dem Gutsherrn Alhard Baron von dem Busche-Münch. Der nicht reichseigene Landbesitz wurde vom Ministerium allerdings nicht angekauft oder enteignet, sondern lediglich „in Anspruch genommen“ und die Eigentümer wurden auf einen guten Preis „nach dem Endsieg“ vertröstet.¹⁴ Sie blieben also juristisch Eigentümer von Teilen des Bodens, auf dem die Muna errichtet wurde.

¹³ Vgl. OBERPENNING (2002), S. 23.

¹⁴ Vgl. SIMON (1986), S. 11.

Bis 1941 wurde die Muna erbaut, hauptsächlich von Mitgliedern der Deutschen Arbeitsfront (DAF).¹⁵ Diese wohnten in einem Barackenlager für 300 Personen östlich der Bahnlinie Bünde-Rahden. Etwa 170 Gebäude wurden erstellt, meist eingeschossig und zwischen den Bäumen versteckt, die Bunker zur Lagerung der Munition waren zusätzlich mit Erde bedeckt. Die Gebäude hatten überwiegend eine Grundfläche von 50 bis 300 m², einige Hallen waren aber auch bis zu 3000 m² groß. Ein 20 km langes Straßennetz und 13 km Gleisanlagen durchzogen das Gelände. Die Gebäude wurden unterirdisch mit Fernwärme, Strom und Wasser versorgt.

In der Muna Espelkamp sollten sowohl konventionelle Sprenggranaten wie auch Giftgasmunition hergestellt werden. Das Barackenlager der DAF wurde von Wachmannschaften der Wehrmacht belegt. Westlich der Bahnlinie entstand ein weitaus größeres Lager für etwa 2000 Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter vor allem aus Russland, die in der Muna eingesetzt wurden.

Ob in Espelkamp tatsächlich Giftgasgranaten befüllt wurden, bleibt umstritten und soll derzeit durch die anfangs angesprochenen Untersuchungen geklärt werden. Zeitzeugen widersprechen sich in diesem Punkt. Der ehemalige Kommandant der Muna, August Skirde, beteuerte 1968 gegenüber dem damaligen Espelkamper Stadtarchivar Hans Behrends:

„Die Füllanlage ist nicht in Betrieb genommen wurden (sic!), weil man sich beim Oberkommando der Wehrmacht klar geworden war, daß der Einsatz von Kampfstoffen bei der Kriegsführung die Gegner zu einer gefährlichen Vergeltung veranlassen würde.“¹⁶

Fest steht, dass im niedersächsischen Munster produzierte Giftgasmunition in Espelkamp gelagert wurde. Sich auf diese Munition beziehend, behauptet Wilhelm Döding, ein in der Muna beschäftigter Feuerwerker:

„Um diese Zeit (Ende 1944, G.G.) wurde auch die Munition so knapp, daß wir die in der „Muna“ lagernden Gasgranaten entlaborieren, d.h. das Giftgas aus ihnen entfernen mußten, damit sie mit einer Sprengladung gefüllt werden konnten. Das war eine teuflische Arbeit. Trotz der Gasmasken sind viele, die dies tun mußten, später an den Bronchien erkrankt.“¹⁷

Zwei Schiffe voller Kampfstoffmunition aus Espelkamp wurden nach Kriegsende in der Ostsee versenkt.

Die gute Tarnung und die abgelegene Lage der Muna Espelkamp führte dazu, dass sie den Alliierten bis April 1945 unbekannt blieb. Sie wurde nicht aus der Luft bombardiert und laut Aussagen alteingesessener Espelkamper seien die ersten britischen

¹⁵ Einen Überblick über den Aufbau der Muna bietet Abb. 1.

¹⁶ SIMON (1986), S. 17f.

¹⁷ SIMON (1986), S. 19.

Panzer Anfang April 1945 einfach am Munazaun vorbeigerollt, ohne zu merken, was sich da im Walde verbarg.¹⁸

Zur Durchführung eines Führerbefehls namens „Sprühteufel“, in dem die Sprengung der Muna beim Herannahen des Feindes befohlen worden war, kam es nicht. Bei einer Krisensitzung am 28. März 1945 beschlossen lokale NS-Größen und Wehrmachtsoffiziere, aus Rücksicht auf die Bevölkerung von der Zerstörung der Anlage abzusehen. Man fürchtete die Auswirkungen einer Sprengung der kompletten Munitionsanstalt, ohne vorher ausreichend evakuieren zu können.¹⁹ Es wurden lediglich Akten vernichtet; der Versuch, Munition in andere Liegenschaften der Wehrmacht zu verbringen scheiterte an bereits unterbrochenen Eisenbahnverbindungen.

Am 4. April 1945 okkupierte die Zweite Britische Armee die Muna, in der sich nur noch einzelne Feuerwerker befanden. Gemäß dem Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 hätte sie als Kriegsanlage der Kategorie I zerstört werden sollen.

Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem Osten

Das 20. Jahrhundert wird in der Forschung auch „das Jahrhundert der Flüchtlinge“²⁰ genannt. Zwar gab es auch zuvor Bevölkerungsverschiebungen aufgrund von Kriegen, doch eine international gewollte und gesteuerte Vertreibung von großen Personengruppen war eine ‚Erfindung‘ des 20. Jahrhunderts. Auf der Konferenz von Lausanne 1922/23 wurde unter Vermittlung von Großbritannien und Frankreich ein zwangsweiser Bevölkerungsaustausch zwischen der Türkei und Griechenland beschlossen, um den Konflikt der beiden Länder beizulegen. Etwa 1,7 Millionen Menschen mussten unter Aufsicht des Völkerbundes ihre Heimat verlassen. Die Ungerechtigkeiten und Härten für die Betroffenen blieben den Vermittlerstaaten dabei nicht verborgen. Doch je länger die Vertreibungen zurücklagen, desto selbstverständlicher galten sie „Politikern und Diplomaten als ein faszinierendes Muster für die Durchführbarkeit radikaler ethnischer Entmischung.“²¹

Flucht und Vertreibung im Zweiten Weltkrieg begannen 1939. Über eine Million Polen mussten aus den neuen Reichsgauen ins ‚Generalgouvernement‘ weichen, die neuerobernten Gebiete wurden durch – auch zwangsweise – angesiedelte (Volks-)Deutsche ‚germanisiert‘. Die große Flucht- und Vertreibungswelle nach Westen, zeitlich etwa um das Ende des von den Nationalsozialisten angezettelten Weltkrieges festzumachen, erfasste 12 bis 15 Millionen Menschen.²²

¹⁸ Vgl. SIMON (1986), S. 21.

¹⁹ Vgl. SIMON (1986), S. 20.

²⁰ Vgl. NUSCHELER, Franz: Das Jahrhundert der Flüchtlinge. In: SCHULZE (1987), S. 6–23.

²¹ Vgl. HENKE, Klaus-Dietmar: Die Alliierten und die Vertreibung. In: Benz (1985), 49–69, hier: S. 50, nachfolgend zit. als Henke (1985).

²² Zu diesen und den folgenden Zahlenangaben vgl. BENZ (1985); vorbehaltlich der angesprochenen Ungenauigkeiten.

Im Winter 1944/45 handelte es sich zunächst um eine Fluchtbewegung vor der Roten Armee. Aus den östlichsten Reichsteilen zogen sich kilometerlange Planwagen-Trecks über verschneite Wege und das zugefrorene Frische Haff – insgesamt geht man davon aus, das in diesem ersten Teil von Flucht und Vertreibung ca. vier Millionen Menschen ihre Heimat verließen. Gleichzeitig wurde auch eine planmäßige Vertreibung von Deutschen aus den östlich gelegenen Reichsteilen geplant: Auf der Konferenz von Teheran im November 1943 einigten sich die Alliierten grundsätzlich auf die Westverschiebung Polens.²³ Dabei sollte das Verbleiben einer starken deutschen Minderheit vermieden werden; als abschreckendes Beispiel galt die Konstituierung der Tschechoslowakei nach dem Ersten Weltkrieg.

Die Anzahl der zu vertreibenden Deutschen wurde vor allem von den Briten penibel berechnet – als Obergrenze galt dabei die Lebensfähigkeit eines 'Rumpfdeutschlands'. Die maximale Aufnahmefähigkeit betrug bei der Zugrundelegung der Oder-Neiße-Linie als neuer Ostgrenze sieben Millionen Vertriebene.²⁴ Die Prager Exilregierung in London unter Eduard Beneš hielt ebenfalls eine Vertreibung der Sudetendeutschen nach dem Sieg der Alliierten gegen das Nazi-Regime für unvermeidlich und gerecht. So begannen nach dem Rückzug der deutschen Truppen in der Tschechoslowakei, aber auch in Polen die sogenannten wilden Vertreibungen. Die Einwohner ganzer Dörfer wurden binnen Stunden zusammengerufen und in das Gebiet der späteren Besatzungszonen verbracht. Etwa eine Viertelmillion Menschen erlitten dieses Schicksal.

Das Potsdamer Abkommen geht im XIII. Abschnitt auf das Thema Bevölkerungsverschiebungen ein. Die wilden Ausweisungen der polnischen und tschechoslowakischen Behörden sollten nach dem Willen der 'Großen Drei' zwar vorläufig eingestellt werden – an der Notwendigkeit eines Bevölkerungstransfers wurde aber grundsätzlich festgehalten:

„Die Konferenz erzielte folgendes Abkommen über die Ausweisung Deutscher aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn: Die drei Regierungen haben die Fragen unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darin überein, daß jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll.“²⁵

Das Versprechen des letzten Satzes entsprach allerdings oftmals nicht der Realität, auch bei diesen ‚geordneten Vertreibungen‘ kam es zu chaotischen Verhältnissen. Knapp sechs Millionen Menschen kamen im Zuge der Durchführung des Potsdamer Abkommens in das besetzte Deutschland.

²³ Vgl. HENKE (1985), S. 52.

²⁴ Vgl. HENKE (1985), S. 55.

²⁵ Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945, zit. nach: Dokumentation der Vertreibung (1953–1962), Bd. I/1, S. 142 E.

Vertriebenenaufnahme in der britischen Besatzungszone

In Westdeutschland konzentrierte sich der Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen auf die amerikanische und die britische Zone. Frankreich weigerte sich zunächst vollständig, diese Personen in seiner Zone aufzunehmen. Aufgrund der gemeinsamen Grenze zur Tschechoslowakei kam es vor allem in der amerikanischen Besatzungszone zu einer starken Konzentration von Sudetendeutschen. Innerhalb der britischen Zone gehörte Nordrhein-Westfalen anfangs nicht zu den Hauptaufnahmeregionen für Flüchtlinge. Die Vertriebenen wurden eher in die stärker agrarisch geprägten Flächenländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein gelenkt. Während dort der Anteil der Flüchtlinge an der Gesamtbevölkerung etwa ein Drittel betrug, war in NRW nur jeder Zehnte ein Flüchtling.²⁶ Die rheinischen Großstädte und das Ruhrgebiet waren darüber hinaus zunächst vollständig für Zu- und Rückwanderung gesperrt – der Verlust an Wohnraum durch Luftangriffe und Kampfhandlungen war nach Ansicht der lokalen Behörden zu groß.

So konzentrierte sich der Großteil der bis Herbst 1946 knapp 900.000 Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen auf Dörfer und Kleinstädte in (Ost-)Westfalen. Hier – so



Abb. 2: In Eigenarbeit wurden die kleineren Munitionshallen zu Wohnungen umgebaut. (um 1949, Stadtarchiv Espelkamp)

²⁶ Vgl. REICHLING, Gerhard: Flucht und Vertreibung der Deutschen. Statistische Grundlagen und terminologische Probleme. In: Schulze (1987), S. 46–56.

hoffte die Besatzungsmacht – würde es eher gelingen, den Heimatlosen Unterkunft und Verpflegung zur Verfügung zu stellen.²⁷ An eine Koordination des Zustroms, beispielsweise nach der beruflichen Qualifikation der Vertriebenen, war im Chaos der ersten Nachkriegsmonate nicht zu denken. Häufig wurden die Flüchtlinge in Ostwestfalen-Lippe auf den Höfen der Bauern einquartiert, doch schon bald erinnerten sich verschiedene Männer an ein Gelände im Kreis Lübbecke, das ausreichend Platz für eine größere Anzahl der Vertriebenen bieten könnte.

Die „Idee Espelkamp“: Verschiedene Konzepte zur Nutzung des Muna-Geländes bis zur Gründung der Aufbaugemeinschaft

Die Idee, die ehemalige Munitionsanstalt in Espelkamp zur Unterbringung der nach Ostwestfalen strömenden Vertriebenen zu nutzen, entstand fast zeitgleich an verschiedenen Stellen. Das Hilfswerk der evangelischen Kirche in Westfalen (aus dem später das Diakonische Werk hervorgehen sollte), an dessen Spitze damals Karl Pawlowski stand, bemühte sich ebenso um eine Freigabe des Geländes wie auch der Pastor Birger Forell, ein in Deutschland tätiger Geistlicher des schwedischen Hilfswerkes. Zunächst musste die Besatzungsmacht überzeugt werden, von der im Potsdamer Abkommen vorgegebenen Totalzerstörung der Kriegsanlage abzusehen.

Auf die wiederholten Bitten der kirchlichen Stellen, inzwischen hatte sich auch das Zentralbüro des evangelischen Hilfswerks in Stuttgart eingeschaltet, und durch die Mithilfe der Schwedenhilfe unter Forell als ‚neutralem Fürsprecher‘ gelang dies im September 1947: Der britische General Alexander Bishop übertrug die Muna „zur vorläufigen Nutzung“ an das evangelische Hilfswerk Westfalen.²⁸

Bereits zuvor waren erste Flüchtlinge in Baracken im westlichen Lager der Muna gezogen – immer in der Angst, das Gelände von heute auf morgen wieder verlassen zu müssen. Die zentral gelegenen Munitionsbunker waren zwar von den Briten gesprengt worden, doch ein Großteil der übrigen Gebäude konnte genutzt werden, auch wenn Fenster, Türen und aller beweglicher Hausrat bereits von der Bevölkerung des Umlandes geplündert worden waren.

Nach dem Stopp der Demontage und mit der zumindest relativen Rechtssicherheit entwickelten sich verschiedene Vorstellungen und Pläne für eine dauerhafte Nutzung der ehemaligen Munitionsanstalt. Dabei kristallisierten sich zwei große gegensätzliche Konzeptionen heraus: Das westfälische Hilfswerk unter Pawlowski favorisierte eine karitative Großsiedlung zur Betreuung Alter, Kranker und Kinder. Die Einrichtungen mit schulischen, kulturellen und sozialfürsorglichen Aufgaben sollten unter kirchlicher Führung stehen – das Schlagwort vom „Zweiten Bethel“ ging um.²⁹ Die andere

²⁷ Vgl. WIESEMANN, Falk: Flüchtlingspolitik in Nordrhein-Westfalen. In: Benz (1985), S. 173–182, hier: S. 174.

²⁸ Vgl. OBERPENNING (1998), S. 385.

²⁹ Vgl. KLEINKNECHT, Thomas: Der Wiederaufbau der westfälischen Verbandsdiakonie nach 1945. Organisatorisch-methodischer Neubeginn und nationalprotestantische Tradition in der kirchli-

Idee war die einer gewerblichen Vertriebenen- und Flüchtlingssiedlung, die den Menschen Wohnungen, Arbeitsplätze und schließlich eine neue Heimat geben sollte. Befürworter dieser Konzeption waren neben dem Schweden Forell der Leiter des Zentralbüros des evangelischen Hilfswerks, der spätere Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier, und – als Einzelperson – Max Ilgner. Der ehemalige IG-Farben-Manager war aufgrund seiner leitenden Tätigkeit in diesem Konzern nach Kriegsende vom alliierten Gerichtshof zu einer dreijährigen Haftstrafe verurteilt worden. Nach eigener Aussage hatte er in dieser Zeit zum christlichen Glauben gefunden und verstand sein Engagement für Espelkamp als „Chance zur moralischen Wiedergutmachung“.³⁰

Während Max Ilgner vom Stuttgarter Zentralbüro mit der Leitung eines Planungsbüros zum Aufbau der Vertriebenensiedlung betraut wurde, verfolgte Karl Pawlowski die westfälische Idee der karitativen Konzeption weiter. Im Laufe des Jahres 1948 entwickelte sich ein aufreibender, teilweise ins Persönliche gehender Streit zwischen den Vertretern des westfälischen Hilfswerks und der Zentrale in Stuttgart um die Richtlinienkompetenz beim weiteren Aufbau von Espelkamp.

In der Folgezeit erlebten die Vertreter der Idee einer gewerblichen Flüchtlingssiedlung mit Genugtuung, dass ihr Projekt in Deutschland und im Ausland mit größtem Wohlwollen zur Kenntnis genommen wurde. Auf der ökumenischen Flüchtlingstagung des Weltkirchenrates in Hamburg fand die „Idee Espelkamp“ ebenso große Aufmerksamkeit wie auf der Weltausstellung für Städtebau in Lissabon 1949.³¹ Eine Dachorganisation von 16 privaten amerikanischen Hilfsorganisationen bezeichnete Espelkamp als Mustersiedlung und meinte enthusiastisch: „Scores of Espelkamps wanted“³²; also: ‘viele Espelkamps gewünscht’.

Während Max Ilgner und das Zentralbüro des evangelischen Hilfswerks eine Konferenz im Oktober 1948 durchführten, auf der unter anderem westdeutsche Industrielle für das Projekt Espelkamp interessiert werden sollten, schafften Karl Pawlowski und das westfälische Hilfswerk Fakten. Bestärkt, dass die Briten ihrer Institution und nicht dem Stuttgarter Zentralbüro die Nutzung der ehemaligen Muna übertragen hatten, gründeten sie zum Erntedankfest 1948 den „Ludwig-Steil-Hof“, benannt nach einem westfälischen Pfarrer und Mitglied der Bekennenden Kirche, der am 17. Januar 1945 im Konzentrationslager Dachau ums Leben gekommen war.

Bei der Gründung, wurde festgelegt „die ehemalige Munitionsanstalt Espelkamp auf der Grundlage des Evangeliums in eine Stätte karitativer, sozialer und kultureller

chen Nothilfe. In: Westfälische Forschungen 40 (1990), S. 527–616, hier: S. 596, nachfolgend zit. als Kleinknecht (1990).

³⁰ Vgl. OBERPENNING, Hannelore: Das ‚Modell Espelkamp‘. Zur Geschichte der sozialen und kulturellen Eingliederung von Flüchtlingen, Vertriebenen und Aussiedlern. In: Jan MOTTE u. a. (Hg.): 50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung. Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte. Frankfurt (M)/New York: 1999. S. 33–55, hier: S. 38, nachfolgend zit. als Oberpenning (1999).

³¹ Vgl. OBERPENNING (1999), S. 39.

³² KLEINKNECHT (1990), S. 607.

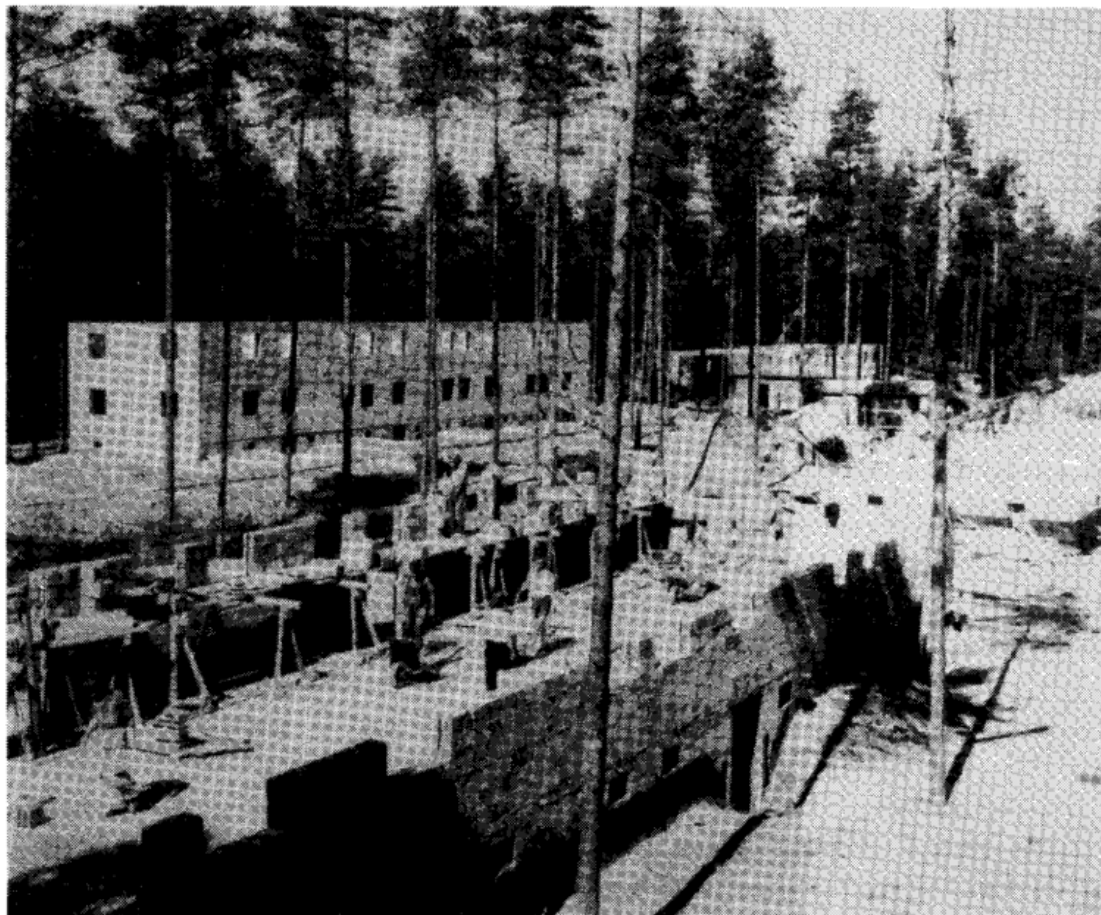


Abb. 3: Größere Bauvorhaben konnten dank der finanziellen Unterstützung des Landes NRW und der Marshall Plan-Hilfe verwirklicht werden. (um 1951, Stadtarchiv Espelkamp)

Tätigkeit³³ umzuwandeln. Im Nordwesten der Muna sollte die Betreuung von Kindern, Jugendlichen und alten Menschen ihren Anfang nehmen.³⁴

Das Planungsbüro unter Max Ilgner kam dagegen in der Folgezeit kaum voran, neben dem Streit mit Pawlowski mussten weitere Rückschläge verkräftet werden. Die Industriellen, unter anderem Hugo Stinnes und Vertreter der Gütersloher Miele-Werke nahmen Abstand von dem Projekt Espelkamp, wobei der Hauptgrund wohl in der peripheren Lage der zu schaffenden Stadt lag. Zudem war wegen der persönlichen Vergangenheit Max Ilgners im IG-Farben-Konzern die internationale Unterstützung durch den Marshall-Plan gefährdet.³⁵ Um nicht das Scheitern der Siedlung zu provozieren, zog Max Ilgner die Konsequenzen und verzichtete auf eine weitere Mitwirkung im Planungsbüro.

³³ Paragraph 2 der Satzung des Evangelischen Vereins Steil-Hof e.V., zit. nach OBERPENNING (2002), S. 146.

³⁴ Siehe Bereich „A“ südlich des Nordtores in der Abb. 1.

³⁵ Vgl. OBERPENNING (2002), S. 53.

Das Zentralbüro des evangelischen Hilfswerks unter Eugen Gerstenmaier musste sich nach dem Rückzug der erhofften privaten Geldgeber nach neuen Partnern umsehen – es war klar, dass der Aufbau einer Vertriebenenstadt (für erst einmal 5.000 Personen) die finanziellen Möglichkeiten der westdeutschen Diakonie bei weitem überstieg. Man wandte sich daher an das nach dem Krieg neugeschaffene Land Nordrhein-Westfalen, dessen Landesregierung unter dem CDU-Ministerpräsidenten Karl Arnold dem Projekt Espelkamp zunächst ablehnend gegenüber stand, da man eine gesellschaftliche Separatentwicklung der Flüchtlinge befürchtete. Gerade in den ersten Nachkriegsjahren war die Angst vor einer Linksradikalisierung dieser Bevölkerungsgruppe nicht nur in Nordrhein-Westfalen existent. Über solche grundsätzlichen Bedenken hinaus äußerten sich die mehrheitlich katholischen Kabinettsmitglieder besorgt über einen möglichen Prestigegewinn der evangelischen Kirche bei Gelingen des Projekts.³⁶

Eugen Gerstenmaier wandte sich hilfesuchend an General Bishop, der inzwischen britischer Militärgouverneur des Landes geworden war. Dieser wiederum – in alter Verbundenheit zu der Idee Espelkamp – übte erfolgreich Druck auf die Düsseldorfer Regierung aus.³⁷ Mitte Juli 1949 fiel im Kabinett die Entscheidung, sich finanziell an Espelkamp zu beteiligen und am 4. Oktober 1949 wurde die Aufbaugemeinschaft Espelkamp gegründet. An ihr waren zu gleichen Teilen das Land Nordrhein-Westfalen und die evangelischen Hilfswerke beteiligt – sie sollte die Koordination der gesamten Stadtplanung übernehmen. Im Gesellschaftsvertrag heißt es zu den Zielen:

„Zweck der Gemeinschaft ist, die bisherige Wehrmachtsliegenschaft Espelkamp durch Maßnahmen des Wohnungs- und Siedlungswesens, durch Ansetzung von gewerblichen Unternehmen und Förderung sozialer und caritativer Anstalten zu einem gesunden, dem Allgemeinwohl dienenden Gemeinwesen zu machen, das Flüchtlingen und Heimatvertriebenen eine neue Heimat bieten soll.“³⁸

Die Gründung der Aufbaugemeinschaft war also wohl die wahre Geburtsstunde Espelkamps. Möglich gemacht wurde sie durch eine geschichtlich einmalige ‚Eheschließung‘ zwischen Kirche und Staat, eine Partnerschaft, die freilich eher einer Mussehe denn einer Liebesheirat entsprach, da ihre Kinder – die Vertriebenen und Flüchtlinge – schon da gewesen seien, wie der Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen Ernst Wilm an jenen 4. Oktober 1949 betonte.³⁹

³⁶ Vgl. WIESEMANN, Falk: Flüchtlingspolitik in Nordrhein-Westfalen. In: BENZ (1985), S. 173–182, hier: S. 180f.

³⁷ Vgl. OBERPENNING (1998), S. 386.

³⁸ Zit. nach OBERPENNING (2002), S. 57.

³⁹ Vgl. SIMON (1986), S. 103

Eine „Schicksalsgemeinschaft“:

Die innere Integration und das Selbstverständnis der Neu-Espelkamper

Im Jahr 1949, zur Gründung der Aufbaugemeinschaft waren die Baracken der Lager westlich der Muna⁴⁰ schon fast voll belegt, in Espelkamp-Mittwald wohnten 2.400 Menschen. Nun konnten auch die restlichen Gebäude der Liegenschaft ausgebaut werden. Dabei stand, um Baukosten zu sparen, die sogenannte Nachbarschaftshilfe im Vordergrund. Das Muna-Gelände, inzwischen im Besitz des Landes Nordrhein-Westfalen, wurde den Siedlern über Erbbaurechtsverträge äußerst günstig zur Verfügung gestellt. Die oben angesprochenen Altbesitzer des Geländes waren nun zwar für den Verlust ihrer Liegenschaften entschädigt worden, waren aber mit den Erlös unzufrieden. Das Land zahlte ihnen rund eine Mark pro Quadratmeter – zugrunde gelegt wurde bei der Berechnung ein Schätzwert für Wald- und landwirtschaftlich genutzte Flächen, nicht für Bauland. Ein erheblicher Teil der Bitterkeit und Feindschaft zwischen Espelkamp und Umland bzw. Altgemeinde fußt auf dem Gefühl der Altbesitzer, zugunsten der Flüchtlinge „enteignet und schlecht entschädigt“⁴¹ worden zu sein.

Der Aufbau der Häuser ging in der Folgezeit rasch voran, ab Juni 1950 flossen weitere Fördergelder, als Espelkamp als Modellprojekt von der Marshall-Planhilfe anerkannt wurde.⁴² Die Aufbaugemeinschaft widmete sich mit einheimischen Kräften um den Aufbau Espelkamps. Sie war nicht nur mit dem Wohnungsbau und der Stadtplanung betraut, ihr unterstand z. B. auch die Sicherstellung der Ver- und Entsorgung im umfassendsten Sinne.⁴³ Darüber hinaus kümmerte sich die Aufbaugemeinschaft um eine Gesamtkonzeption der Integrationsbereiche, mit anderen Worten, sie schob auch arbeitsmarktpolitische, soziale und kulturelle Projekte an.

Das wirtschaftspolitische Konzept sah die Ansiedlung möglichst arbeitsintensiver Klein- und Mittelbetriebe vor, besonders aus Branchen, die im Kreis Lübbecke bisher kaum vertreten waren, so die Chemieindustrie und die Metallverarbeitung. Espelkamp entwickelte sich zu einer stark von Handwerk und Industrie geprägten Stadt.⁴⁴ Die Zuwanderung von neuen Flüchtlingen nach Espelkamp wurde reglementiert, gesteuert und in gewissem Sinne auch begrenzt. Voraussetzung für den Zuzug waren über den weiter oben schon erwähnten Vertriebenenausweis das Vorhandensein eines Arbeitsplatzes am Ort. Das Motto lautete „erst Arbeit, dann Wohnung“⁴⁵.

Doch Vertriebenenintegration umfasste in Espelkamp von Anfang an mehr als nur diese grundlegenden Themenbereiche: „Wir wissen, daß der Aufbau von Espelkamp nicht allein von der Schaffung guter wirtschaftlicher Voraussetzungen, von Arbeits-

⁴⁰ Siehe Bereich „E“ in der Abb. 1.

⁴¹ SIMON (1986), S. 11.

⁴² Vgl. OBERPENNING (1999), S. 40.

⁴³ Vgl. OBERPENNING (2002), S. 139.

⁴⁴ Vgl. OBERPENNING (1999), S. 45.

⁴⁵ Protokoll der Aufsichtsratssitzung der Aufbaugemeinschaft vom 12. April 1950, zit. nach OBERPENNING (1998), S. 389.

platz und Wohnung abhängt, sondern ebenso von der Bildung neuer menschlicher Beziehungen in Nachbarschaft und Gemeinde“⁴⁶, stellten die Initiatoren der sogenannten Baugemeinde fest. Sie war ein Dachverband aller Espelkamper Vereine, Organisationen und der verschiedenen Siedlergruppen. Dies waren 1953 bereits über 30 Gruppen, von den Kirchen über landsmannschaftliche Vereinigungen bis hin zu Sport-, Gesang- und Schützenvereinen. Die Baugemeinde wurde von den Bürgern angenommen und genutzt, man traf sich regelmäßig, um über den Fortschritt des Aufbaus Espelkamp zu beraten. War also die Aufbaugemeinschaft quasi die Keimzelle einer späteren Kommunalverwaltung, so kann die Baugemeinde gewissermaßen als Vorläufer eines Stadtrates mit starker Bürgerbeteiligung bezeichnet werden.

1954 wurde die für Espelkamp zunächst projektierte Zahl von 5.000 Einwohnern erreicht und weitere fünf Jahre später, als Espelkamp die Stadtrechte verliehen bekam, wohnten dort bereits 10.000 Menschen.⁴⁷ 80% der Bürger kamen aus den verschiedenen Ostgebieten des Deutschen Reiches nach Ostwestfalen; diese bauten aber offensichtlich in Espelkamp ihre abgrenzenden, eigenkulturellen Sonderidentitäten schnell ab. Aufgrund des gemeinsamen Aufbaus einer Stadt – Rückkehrillusionen gab es in Espelkamp so gut wie überhaupt nicht⁴⁸ – und der umfassenden Betreuung durch Baugemeinde und Aufbaugemeinschaft kam es vielmehr zur Ausbildung eines ausgeprägten „Wir-Gefühls“: Man verstand sich als Schicksalsgemeinschaft.⁴⁹

„Was wollen diese vielen fremden Menschen hier?“ Konfliktpotential mit den Einwohnern des Umlandes

Gelang es den Espelkampern binnen weniger Jahre, sich nach innen zu integrieren, so barg der Umgang mit der Altgemeinde und den um Espelkamp gelegenen Siedlungen umso größeres Konfliktpotential. Im überwiegend agrarisch geprägten Kreis Lübbecke bildete die neugeschaffene industriegewerbliche Flüchtlingssiedlung lange Zeit eine Art Fremdkörper.⁵⁰ Lediglich durch die Mitte der 50er Jahre verstärkte Pendlerbewegung vom Umland in das industriell geprägte Espelkamp kam es zu Kontakten zwischen den Vertriebenen und alteingesessenen Ostwestfalen. Dennoch klagte der Verfasser einer Informationsbroschüre über Espelkamp noch um 1956:

„Merkwürdig ist, daß es Menschen in weit entfernten Teilen der Erde gibt, zum Beispiel in Amerika, in Australien und in Pakistan, denen der Name Espelkamp keineswegs fremd ist, und andererseits alteingesessenen Bürger in der nur acht Kilometer entfernten Kleinstadt, die noch nie einen Fuß in die neue Stadt vor ihren Toren setzten.“⁵¹

⁴⁶ Espelkamper Nachrichten vom 8. August 1954, zit. nach OBERPENNING (1998), S. 389.

⁴⁷ Vgl. OBERPENNING (2002), S. 94.

⁴⁸ Vgl. OBERPENNING (1999), S. 44.

⁴⁹ Vgl. OBERPENNING (1998), S. 391.

⁵⁰ Vgl. OBERPENNING (1998), S. 392.

⁵¹ Baugemeinde Espelkamp e.V. (Hg.): Espelkamp. O. O.: o. J. [Lippische Landesbibliothek DT; Sig. H 5176].

Bereits unmittelbar nach Kriegsende, als die ersten Flüchtlinge in die Gegend um Espelkamp kamen, spürten sie die Abneigung der Altbevölkerung. Die Vertriebenen wurden nicht als Mitbürger, die unter den Folgen des Krieges vielleicht am stärksten gelitten hatten, empfangen. Im weitgehend von Kampfhandlungen verschonten und unversehrten Kreis Lübbecke galten sie als Eindringlinge und Konkurrenten um Nahrung, Arbeit und Wohnung. Unkenntnis über das Schicksal der Flüchtlinge herrschte vor. Ein Vertriebener schilderte zum Beispiel seinen ersten Kontakt mit einem Ostwestfalen:

„Ich wurde also zum Bäckermeister gebracht nach Oberbauerschaft, und ich komme also da rein, und ja, ‘dann kommen Sie mal in die gute Stube’, kam rein, und dann sagten sie also: ‘Hier ist eine Couch, da setzen sie sich mal hin, so was haben sie bestimmt zu Hause nicht gehabt.’ Das war aber typisch. Ich sage: ‘Nee, nee, mein alter Herr war also nur Pastor und hat lange Zeit als Professor gearbeitet, nein ne Couch hatten wir nicht, wir haben auf dem Fußboden gesessen.’ Aber so ist damals die Einstellung gewesen.“⁵²

Die fremden Habenichtse, vor allem weil sie in der neuen Flüchtlingssiedlung als kompakte Masse auftraten, erzeugten in der unmittelbaren Nachbarschaft Angst und Misstrauen. Noch Mitte der 50er Jahre bezeichneten Alteingesessene die neue Siedlung als das Lager, danach – in Anlehnung an die alte Gemarkung – mehr und mehr als Mittwald. Der Name Espelkamp indes blieb der kleinen Dorfgemeinde nördlich der neuen Stadt vorbehalten.

Wagten sich Espelkamper auf Schützenfeste oder Tanzveranstaltungen im Umland, so kam es nicht selten zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit den alteingesessenen Bewohnern der umliegenden Orte.⁵³ Und kamen Ostwestfalen in die neue Stadt, was selten genug geschah, so nahmen sie neidvoll zur Kenntnis, dass in kürzester Zeit aus den dreckigen und heruntergekommenen Flüchtlingen relativ wohlhabende Menschen, „Besitzende in guten Häusern, teilweise mit guten Geschäften und Autos, also sozial Bessergestellte geworden sind.“⁵⁴ Ein Vertriebener fasst das so zusammen:

„Nein, wir waren ja also in den Augen der Einheimischen, sage ich mal, der hiesigen Bevölkerung – es waren ja alles Bauern – da waren wir ja auch die Russen. Wir kamen ja da her, und es entstand auch damals schon ein Neid, als hier die ersten Häuser gebaut wurden. Die hatten ihren Kotten da, ihren Bauernhof, und haben sich von früh bis abends geplagt. Und wir fingen an und haben uns Häuser dahingesetzt moderner als die sie hatten. Wir hatten z.B. schon Badezimmer eingerichtet jetzt, hatten die natürlich nicht. Wir hatten Spülklosetts eingerichtet, die hatten ein Plumpsklo. Also kommen da aus der Walachei und bauen sich da die Paläste.“⁵⁵

⁵² 1997 geführtes Zeitzeugeninterview, zit. nach OBERPENNING (2002), S. 124.

⁵³ Vgl. OBERPENNING (1999), S. 46.

⁵⁴ OBERPENNING (2002), S. 125.

⁵⁵ 1997 geführtes Zeitzeugeninterview, zit. nach OBERPENNING (2002), S. 125.

Die Mischung aus Unkenntnis, Gerüchten und Sozialneid konnte bei den misstrauischen Ostwestfalen erst in einem langwierigen Prozess überwunden werden, der über den von mir gewählten Beobachtungszeitraum hinausgeht.

Fazit: Espelkamp als geglücktes Integrationsmodell? Ausblick auf die weitere Entwicklung der Stadt

Zu weiteren reinen Flüchtlingsstädten nach dem Vorbild Espelkamps kam es jedoch trotz der anfänglichen Euphorie nicht. Neugablonz in Bayern beispielsweise, eine andere bekannte Vertriebenenstadt, kann nicht zum Vergleich herangezogen werden, da sich dort eine gesamte sudetendeutsche Stadt neu ansiedelte, viele integrationstypische Probleme traten dort in weit geringerem Maße auf.

Dennoch wird die kirchlich-staatlich initiierte Gründung Espelkamps in der Rückschau als gelungene Variante der Vertriebenenintegration betrachtet. In der hier bearbeiteten Zeitspanne gelang – so lässt sich zusammenfassend sagen – eine Identitätsfindung der Vertriebenen als Espelkamper und somit eine Integration nach Innen. Die allen gemeinsame Entwurzelungserfahrung, der Aufbau der ‚eigenen Stadt‘ und die damit verbundene Eigenleistung führten zu einer starken Identifikation der Espelkamper mit ihrer neuen Heimat, die auch weiterhin das Nebeneinander verschiedener Kulturtraditionen zuließ.

Die Integration nach Außen ins ostwestfälische Umland kam aber bis Ende der 50er Jahre nur schleppend voran. Sie erfuhr neue Impulse erst mit dem Heranwachsen einer neuen Generation, die das Schicksal von Flucht und Anfangsschwierigkeiten in einer fremden Umgebung nicht am eigenen Leib erfahren mussten.

Auch in den folgenden Jahrzehnten verstand sich Espelkamp aus seiner Gründungssituation heraus als eine für Migranten aufnahmebereite Stadt. Nach einer Welle zugezogener Gastarbeiter, vor allem türkischer Herkunft, in den 60er Jahren begann bereits Anfang der 70er Jahre vor dem Hintergrund der sozial-liberalen Ostpolitik ein überproportionaler Zuzug sogenannter Spätaussiedler, der seinen Höhepunkt zwischen 1986 und 1991 erreichte. Neue Konflikte mit diesen Bevölkerungsgruppen ließen die Streitigkeiten der ersten Jahre zwischen alteingesessenen Ostwestfalen und Zuwanderern der ersten Stunde in den Hintergrund treten. Ihre „mentale“ Integration war soweit fortgeschritten, „daß die Flüchtlinge und Vertriebenen von gestern sich mit der bundesrepublikanischen Gesellschaft insoweit solidarisieren, als sie wiederum selbst Aussiedler, Flüchtlinge, Asylanten und Ausländer als Fremde, oftmals als vermeintliche Wirtschaftsflüchtlinge, ausgrenzen.“⁵⁶

⁵⁶ MESSERSCHMIDT, Rolf: Mythos Schmelztiegel! Einige Neuerscheinungen zur „Flüchtlingsforschung“ der letzten Jahre. In: Neue politische Literatur (37) 1992, S. 34–55, hier: S. 50.